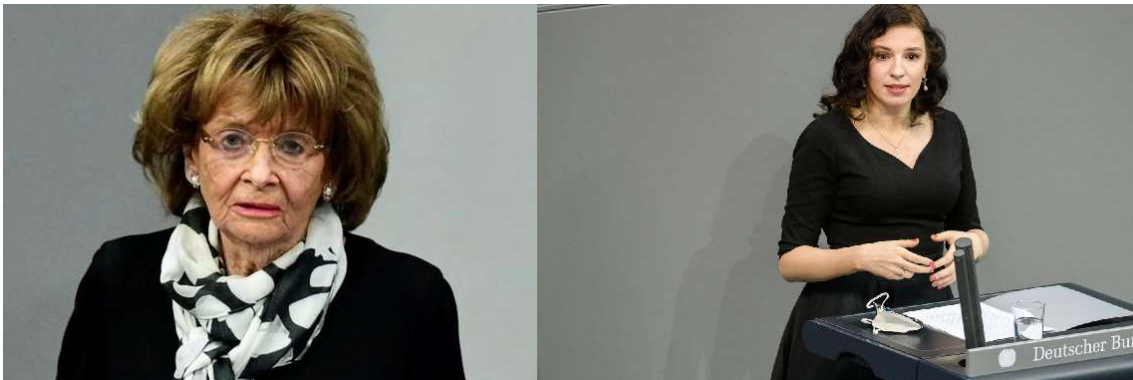


Fürs Ländle in Berlin!

29. Januar 2021



Bundestag gedenkt Holocaust



Am Mittwoch fand im Deutschen Bundestag eine Gedenkstunde zur Erinnerung an die Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz vor 76 Jahren statt. In seiner Eröffnungsrede betonte Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble MdB**: „Die deutsch-jüdische Geschichte ist eine Geschichte der Widersprüche. Sie erzählt vom alltäglichen Miteinander und von Spannungen mit der nicht-jüdischen Umgebung. Sie kennt Phasen der Toleranz und Zeiten der Ausgrenzung, Wellen der Verfolgung genauso wie Erfolge in Kunst und Kultur, in Wissenschaft und Wirtschaft. Und sie kennt ein Menschheitsverbrechen: Den Versuch, die jüdische Geschichte nicht nur aus der deutschen, sondern aus der Weltgeschichte zu tilgen.“

Die erste der beiden Gastrednerinnen, Charlotte Knobloch, zeigte sich dankbar, dass dieses Unterfangen den Nationalsozialisten nicht gelungen sei: „Ich bin stolz auf die jungen Menschen in unserem Land. Sie sind frei von Schuld, was die Vergangenheit angeht. Aber sie übernehmen Verantwortung für Heute und Morgen – interessiert, leidenschaftlich und mutig.“ Charlotte Knobloch ist Überlebende der Shoa und ehemalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Auf Charlotte Knobloch folgte in der Gedenkstunde Marina Weisband. Sie kam nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihren Eltern aus der Ukraine nach Deutschland. Als Vertreterin der jungen jüdischen Generation betonte sie: „Denn jede Unterdrückung - sei es Sexismus, Rassismus, Antisemitismus – lebt davon, dass sie für die Nichtbetroffenen unsichtbar ist. Wenn wir wirklich das Ziel haben, dass es egal sein soll, wie man geboren wurde – dann müssen wir den Finger in diese Wunden legen und wir müssen benennen, wer allein aufgrund seiner Geburt um einen Platz in der Welt kämpfen muss und wer nicht.“ Sie führte aus: „Wir, die Nachkommen, stehen jetzt der Tatsache gegenüber, dass mehr und mehr Augenzeugen von uns gehen. Und dass wir das Gedenken dennoch irgendwie weitertragen, lebendig halten müssen.“ Dieses Gedenken weiterzutragen, ist auch Ziel des seit 1996 jährlich am 27. Januar stattfindenden Gedenktags im Deutschen Bundestag.

[# Link zum Holocaust-Gedenktag auf bundestag.de](#)

Jahreswirtschaftsbericht: Entlastung & Flexibilität



Am vergangenen Mittwoch hat die Bundesregierung ihren diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht „Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken“ vorgestellt. Darin geht sie von einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent für dieses Jahr aus. Hierzu erklärt der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Dr. Joachim Pfeiffer MdB** (Wahlkreis Waiblingen):

„Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft hart getroffen. Das zeigt auch der Jahreswirtschaftsbericht. Zuvor gesunde Unternehmen kämpfen seit Monaten um ihre Existenz. Die Politik hat ihnen dabei kurzfristig und erfolgreich eine Brücke gebaut. Die Unterstützung – von Sofort- über KfW-Corona- bis zur Überbrückungshilfe – kommt an. Hier gilt: anpassen wo möglich, zielgerichteter werden, wo nötig. Ein Resultat ist die stark vereinfachte Überbrückungshilfe III. Um die Wirtschaft mittelfristig zu stützen, sind neue Belastungen kategorisch auszuschließen. Vielmehr sind Entlastungen und mehr Flexibilität das Gebot der Stunde. Langfristig braucht es jetzt gezielte strukturelle Weichenstellungen. Dazu zählen vollumfänglich verkürzte und dauerhaft digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mehr Tempo braucht es außerdem bei der Digitalisierung der Verwaltung, der digitalen Infrastruktur sowie den Investitionen in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff.“

[# Video der Rede von Dr. Joachim Pfeiffer MdB](#)

2021 bringt Steuerentlastungen



Als Unionsfraktion haben wir es uns zum Ziel gesetzt, die Steuerbelastung für Privatpersonen und Unternehmen herunterzufahren, um die Kaufkraft und Investitionsbereitschaft zu erhöhen. Zum Jahreswechsel sind nun einige Gesetze in Kraft getreten, die für spürbar mehr Geld für Privathaushalte und Firmen sorgen:

- Bei der Abschaffung des Solidaritätszuschlags haben wir einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Liegt die jährliche Lohn- oder Einkommensteuer unter 16.956 Euro bei Einzelveranlagung oder 33.912 Euro bei Zusammenveranlagung, wird künftig gar kein Solidaritätszuschlag mehr fällig. Singles zahlen damit bis zu einem Bruttogehalt von 73.000 Euro und Eheleute mit zwei Kindern bis zum einem Bruttogehalt von 151.000 Euro seit dem 1. Januar 2021 keinen Solidaritätszuschlag mehr. Erst ab einer Steuerlast von 31.527 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 63.054 Euro (Verheiratete) wird der volle Betrag fällig. Dazwischen gilt ein reduzierter Betrag. Ganze 96,5 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden hierdurch spürbar entlastet.
- Nach der Kindergelderhöhung 2019 gelten ab dem 1.1.2021 höhere Kindergeldbeträge. Für das erste und zweite Kind werden nun 219 Euro Kindergeld gezahlt, für das dritte 225 Euro und ab dem vierten Kind 250 Euro pro Monat. Gleichzeitig steigt auch der Kinderfreibetrag um mehr als 500 Euro auf nun 8.388 Euro. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende steigt auf 4.008 Euro.
- Der steuerliche Grundfreibetrag wird auf 9.744 Euro angehoben. Die nächste Anhebung erfolgt 2022 auf 9.984 Euro. Gleichzeitig wurde der Einkommensteuertarif so angepasst, dass die Effekte der kalten Progression bereinigt werden. Inflationsbedingte Lohnerhöhungen werden so nicht durch höhere Steuern ausgehebelt.
- Die Homeoffice-Pauschale entlastet gerade in der Corona-Pandemie: Pauschal können fünf Euro pro Tag angesetzt werden. Die maximale Pauschale beträgt 600 Euro im Jahr. Die Pauschale ist Teil des Arbeitnehmer-Pauschbetrags. Sie kann für Tage in Anspruch genommen werden, in denen die Entfernungspauschale nicht geltend gemacht wird.
- Die Behinderten-Pauschbeträge verdoppeln sich bei allen Behinderungsgraden. Auch wird eine Pauschale künftig bereits bei einem Grad der Behinderung von 20 Prozent gewährt.
- Der Pflegepauschbetrag stieg auf 1.800 Euro. Außerdem profitieren Menschen mit Pflegegrad 2 und 3 nun ebenfalls.
- Die Übungsleiterpauschale haben wir auf 3000 Euro jährlich angehoben. Die Ehrenamtspauschale liegt nun bei jährlich 720 Euro. Damit alle Ehrenamtlichen von dieser Erhöhung profitieren, wird die Erhöhung der Pauschalen auch im Sozialrecht nachvollzogen.

Modernisierung der Personenbeförderung



Von **Michael Donth MdB**, Wahlkreis Reutlingen

„Heute leiten wir für die Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes die entscheidende letzte Phase ein. Mit der ersten Lesung haben wir heute den Gesetzentwurf quasi als Rohdiamanten in das parlamentarische Verfahren eingeführt, der nun dort von uns Abgeordneten seinen Feinschliff erhalten wird. Dabei geht es bei der Novelle um nicht weniger als eine grundlegende Modernisierung des Öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland: Mit der gesetzlichen Verankerung von neuen Angeboten wie den sogenannten „Poolingverkehren“ schaffen wir eine Rechtsgrundlage für diese neue Mobilitätsform und geben Unternehmen wie auch den Nutzerinnen und Nutzern dieses modernen Rufbusses eine langfristige Perspektive. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass solche modernen Angebote, wie wir sie heute oft nur in Großstädten vorfinden, auch auf dem Land erfolgreich durchführbar sind. Solche On-Demand-Verkehre, also individuelle Linienfahrten auf Verlangen der Kundenschaft, können gerade auf dem Land für eine deutliche Verbesserung sorgen. Wir ermöglichen die Verknüpfung der Bestellung des Busses mit der App auf dem Handy. Und wir stellen klar, dass ein Landkreis dort, wo es sich für den Betreiber nicht lohnt, man ihn aber den Bürgerinnen und Bürgern anbieten möchte, einen Taxiverkehr auch aus öffentlichen Mitteln bezuschussen darf.

Zusätzlich schaffen wir bessere Durchgriffsmöglichkeiten der zuständigen Behörden (meist die großen Städte oder Landkreise) auf die Mobilitätsdienstleister: Die Einhaltung geltender Regelungen war beispielsweise im Mietwagenbereich schwer kontrollierbar. Durch eindeutige Kennzeichnungsvorschriften und die Verpflichtung zur Bereitstellung von Mobilitätsdaten geht das für die kontrollierende Behörde künftig ganz einfach vom Büro aus. Bei der Frage, welche der zahlreichen Angebote der lokale öffentliche Nahverkehr tatsächlich braucht, kann der Bund nur Leitplanken vorgeben. Innerhalb von diesen ist es jetzt an Kreisen und Kommunen, aus der großen Palette neuer und bewährter Möglichkeiten den Mobilitätsmix zusammenzustellen, der für ein noch attraktiveres ÖPNV-Angebot vor Ort sorgt und mehr Menschen zum Umstieg auf die klimafreundlicheren Verkehrsträger bewegen kann. Dafür wollen wir in den weiteren Beratungen im Bundestag nun sorgen.“

**Deutschland & Frankreich:
Keine Grenzschießungen und Verbesserung der
Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung
und bei KI**



ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE FRANCO-ALLEMANDE

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Am 22. Januar 2021 ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung zu ihrer fünften Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz zusammengekommen. Eröffnet wurde die Sitzung von den beiden Parlamentspräsidenten **Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU/CSU) und Richard Ferrand (LaREM). Unter dem Vorsitz der Vorstandsvorsitzenden der DFPV, **Andreas Jung** (CDU/CSU) und **Christophe Arend** (LaREM) sprachen sich die jeweils 50 deutschen und französischen Abgeordneten zur Bekämpfung von Corona mit großer Mehrheit für europäisch abgestimmte Regelungen aus. Mit konkreten Vorschlägen, wie etwa der Verknüpfung der nationalen Corona-Warn-Apps im europäischen Kontext, fordern sie deutliche Verbesserungen in der deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit. „Wir brauchen gemeinsame Strategien und europäische Konsequenz statt harter Grenzsicherungen. Der Alltag ist grenzüberschreitend, deshalb müssen das auch die Maßnahmen sein. Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern braucht es strikte Maßnahmen. Entscheidend müssen dabei aber die Inzidenzen sein und nicht die Grenzen“, forderte Andreas Jung. Zudem plädieren die Abgeordneten dafür, dass schon jetzt die Weichen für nachhaltiges Wachstum in Europa auf dem Weg aus der Krise gestellt werden. „Da die Gesundheitskrise und ihre sozioökonomischen Folgen dramatisch sind, schlägt der gemeinsame Beschluss zweitens vor, sich auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten. Es geht darum, die Grundlagen für eine nachhaltige, innovative und entschlossen zukunftsorientierte Gesellschaft zu schaffen“, unterstreicht Christophe Arend. So sollen gemeinsame Projekte mit europäischem Mehrwert, wie etwa der Ausbau der Bahnverbindung Berlin-Paris, umgesetzt werden.

Für eine Befragung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Verkehrspolitik stand den Abgeordneten Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer Rede und Antwort. Der Minister betonte, der Ausbau europäischer Verkehrsverbindungen stehe besonders im Fokus. Bei ihrer Sitzung im September 2020 hatten sich die Mitglieder der DFPV mit großer Mehrheit für eine bessere Verbindung zwischen den beiden Hauptstädten ausgesprochen. „Es handelt sich um ein europäisches Leuchtturmprojekt der nachhaltigen Mobilität, das die Menschen in unseren Ländern noch enger zusammenbringen wird“, so Christophe Arend. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU wurde der Vorschlag aufgegriffen: Ende September regte Minister Scheuer mit seinen europäischen Amtskollegen den Trans Europe Express 2.0 an. Mit der Umsetzung habe man schon im Dezember begonnen. „Gerade im europäischen Jahr der Schiene 2021 wollen wir hier weitere Fortschritte machen“, so Scheuer. Besonders wichtig sei ihm auch der Ausbau der grenzüberschreitenden Mobilität. Scheuer kündigte an, dass die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau der Bahnverbindung Freiburg-Colmar bis zum nächsten Jahr vorliegen sollen.

Schließlich verabschiedeten die Abgeordneten noch den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Digitale Innovationen und Künstliche Intelligenz“. In dem Bericht werden konkrete deutsch-französische Impulse für eine europäische Innovationsunion gefordert. So sollen die Zusammenarbeit in den Bereichen KI und Sprunginnovationen ausgebaut und beispielsweise digitale grenzüberschreitende Regionen als europäischer Leuchtturm geschaffen werden. Die beiden Vorsitzenden zogen nach der Sitzung Bilanz: „Dass wir uns am deutsch-französischen Tag gegen Grenzsicherungen aussprechen und gemeinsam konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung vorlegen, ist ein starkes Signal. Die Regierungen müssen diese nun aufgreifen. Als Europäer werden wir Corona nur gemeinsam bekämpfen!“

Hintergrund: Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) wurde mit dem deutsch-französischen Parlamentsabkommen zwischen dem Deutschen Bundestag

und Assemblée nationale im März 2019 ins Leben gerufen. Der DFPV gehören je 50 Mitglieder aus allen Fraktionen beider Parlamente an. Sie tagt mindestens zweimal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich unter Leitung der Parlamentspräsidenten. Die Vorsitzenden des Vorstands sind Andreas Jung (CDU/CSU) und Christophe Arend (LREM).

Neue Impulse für die transatlantische Partnerschaft



Von **Roderich Kiesewetter MdB**, Wahlkreis Aalen-Heidenheim

„In ihrer Sitzung am 26. Januar 2021 hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag das Positionspapier „Das transatlantische Band wieder stärken - Für eine zukunftsgerichtete, umfassende Partnerschaft“ beschlossen. Es stellt anhand von 10 Punkten aller Politikfelder einen konkreten Arbeitsplan für die Schwerpunkte der transatlantischen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren dar, Unionssicht „pur“! Angesichts der zahlreichen globalen Herausforderungen ist es nötig, nun wieder stärker mit den USA zu kooperieren. Wir brauchen Amerika - und Amerika braucht uns. Wir sollten uns nicht zurücklehnen, sondern im Gegenteil mutig und entschlossen voranschreiten. So können wir der US-amerikanischen Führung zeigen, dass wir ein ehrliches Interesse an einer langfristigen Partnerschaft sehen. Wir werden uns stärker engagieren, weil wir wissen, dass es sowohl uns als auch den Vereinigten Staaten dienlich ist. Wir wollen die USA wieder als Partnerin auf Augenhöhe gewinnen. Wir wollen den Westen und das damit verbundene Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept insgesamt sowie die damit verbundenen Werte stärken. Unsere Punkte decken deshalb ein breites Themenfeld ab. Die Lastenteilung innerhalb der NATO, die Handelspolitik, aber auch Fragen des Klimaschutzes und der Gesundheitspolitik drängen auf eine starke westliche Gemeinschaft. Wir werden deshalb eine größere Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen müssen und auch bereit sein müssen, höheres Risiko einzugehen, um unsere berechtigten Interessen durchzusetzen und unsere Werte zu verteidigen.“

[# Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion](#)

Anhörung zu EU-UK-Verhandlungsergebnissen



In der Anhörung zu den EU-UK-Verhandlungsergebnissen über die künftigen Beziehungen am 25. Januar 2021 hat sich **Christian Natterer MdB** (Wahlkreis Lörrach-Müllheim) an die Sachverständigen gewandt. Er hat die beschlossenen, neuen gemeinsamen Institutionen vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus seinem Wahlkreis Lörrach-Müllheim mit Abstimmungsprozessen über Verkehrsfragen beurteilt. Der Wahlkreis hat sowohl eine EU-Binnengrenze zu Frankreich als auch eine EU-Außengrenze zu der Schweiz. Auf dieser Basis hat Christian Natterer als Berichterstatter der Union für Verkehrsthemen den Sachverständigen den Impuls gegeben, dass in Zukunft eine Reihe zusätzlicher Ausschüsse und Arbeitsgruppen erforderlich sein werden, die über die jetzt vereinbarten Institutionen (z.B. Partnerschaftsrat oder Sonderausschüsse) hinausgehen.

Christian Natterer hat dieses Argument an den Erfahrungen aus dem Wahlkreis im Dreiländereck plausibel gemacht: Der Wahlkreis liegt in der Mitte der europäischen Verkehrsströme, sodass die Auswirkungen des Nord-Süd-Verkehrs im Zulauf zur Schweiz zusammenlaufen, wenn zum Beispiel Güterzüge aus Belgien auf dem Weg nach Italien hohe Verspätungen haben und im Zulauf zur Schweiz in den deutschen Grenzgemeinden abgestellt werden müssen. Für solche Themen wurde einst der schweizerisch-deutsche Eisenbahn-Lenkungsausschuss geschaffen. Entsprechende zusätzliche Sondergremien bzw. neue Lenkungsausschüsse werden wahrscheinlich auch im Kontext der künftigen EU-UK-Beziehungen nach dem Brexit notwendig sein. Der Sachverständige Dr. von Ondarza, Stiftung Wissenschaft und Politik, hat in seiner Antwort die Argumentation von Herrn Natterer unterstützt und bekräftigt, dass es in der Zukunft zu einer weiteren Differenzierung der institutionellen Struktur der EU-UK-Beziehungen kommen sollte bzw. kommen wird.

Gesetz gegen Hass und Hetze



Von **Alexander Throm MdB** (Wahlkreis Heilbronn)

„Am Donnerstag wurde im Bundestag das „Gesetz zur Anpassung der Regelungen über die Bestandsdatenauskunft an die Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020“ beschlossen. Damit wurden neue Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Bestandsdatenauskunft mit diesem „Reparaturgesetz“ zeitnah und gezielt umgesetzt. So kann unter anderem auch das für die Bekämpfung von Hass und Hetze wichtige „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ ohne diese

Änderungen nicht in Kraft treten. Und es hatte eine besondere Aktualität. Am Donnerstagmorgen war das Urteil im Mordfall Walter Lübcke ergangen. Dieser Mordfall habe deutlich gezeigt, dass aus Worten im Netz Taten werden können. Alexander Throm betonte in seiner Rede die Notwendigkeit einer zügigen Umsetzung des Gesetzes gegen Hass und Hetze im Netz. Zuletzt appellierte Throm daran, die Notwendigkeit der Vorratsdatenspeicherung gerade im Spannungsfeld des Kindesmissbrauchs zum Schutz der Schwächsten der Gesellschaft anzuerkennen. Denn, so Throm, Datenschutz dürfe - bei aller Achtung vor der informationellen Selbstbestimmung des Bürgers - niemals zum Täterschutz werden."

[# Video der Rede von Alexander Throm MdB](#)

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Weitere Informationen finden Sie unter

Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)
[Website](#)



Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), DBT/Marco Urban (Charlotte Knoblauch, Marina Weisband).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)